

In Russland tritt „Agentengesetz“ in Kraft

Moskau. Unmittelbar nach Inkrafttreten eines umstrittenen „Agentengesetzes“ in Russland ist der Sitz einer kremlkritischen Menschenrechtsorganisation beschmiert worden. An die Fassade von Memorial in Moskau sprühten Unbekannte die Worte „Ausländischer Agent. I love USA“. Außerdem prangte dort ein Aufkleber mit der Aufschrift „Ausländischer Agent“. Memorial deckt seit vielen Jahren Verbrechen aus der Stalin- und der Sowjetzeit auf.

Das neue Gesetz ist seit gestern in Kraft und schreibt Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit Finanzierung aus anderen Staaten vor, sich als „ausländischer Agent“ zu bezeichnen. Ansonsten drohen den Mitarbeitern Geld- und sogar Haftstrafen. Memorial verweigert das. Der frühere KGB-Agent Putin hat wiederholt kritische NGO's als „Judas“ verunglimpft, die von den USA finanziert würden. (dpa)

NACHRICHTEN

Neue Randalen in Kairo im Streit um Verfassung

Kairo. Die schon seit Montag andauernden Proteste von Regierungsgegnern in Kairo haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Gestern zündeten Demonstranten ein Büro des arabischen TV-Senders al-Dschasira Live in der Nähe des Tahrir-Platzes an. Liberale, Linke und Christen werfen den Islamisten vor, sie wollten eine Verfassung nach ihrem Geschmack durchsetzen und seien nicht kompromissfähig. Etwa ein Drittel der 100 Mitglieder des Verfassungskomitees hat seine Arbeit deshalb inzwischen eingestellt. (dpa)

Serie von Hinrichtungen in Afghanistan

Kabul. Die Hinrichtung von mehr als einem Dutzend verurteilten Verbrechern in Afghanistan hat international Proteste ausgelöst. Präsident Hamid Karsai dürfe keine weiteren Vollstreckungen mehr billigen, forderten Menschenrechtsorganisationen. Am Dienstag und Mittwoch wurden insgesamt 14 Urteile vollstreckt, unter anderem gegen Mörder und Vergewaltiger. Unter den Gehenkten waren auch Kämpfer der Taliban, die afghanische Polizisten bei Anschlügen getötet hatten. (dpa)

Italiener zeigen der EU verstärkt die kalte Schulter

Rom. Die früher ausgesprochen pro-europäischen Italiener zeigen der EU in den Jahren der Krise und Sparpolitik verstärkt die kalte Schulter. Seit 2010 ist das Vertrauen der Italiener in die EU-Institutionen scharf um 17 Prozentpunkte auf 40 Prozent gefallen. Das ergab eine gestern in Rom veröffentlichte Ispo-Analyse für die Europäische Kommission. Von 2005 bis 2009 hatten sich noch mehr als 60 Prozent bei Befragungen positiv zu Brüssel geäußert. (dpa)

Indien hängt den letzten Attentäter von Mumbai

Neu Delhi. Vier Jahre nach der Terrorserie in der westindischen Finanzmetropole Mumbai ist der einzig lebendig gefasste Angreifer in Indien hingerichtet worden. „Heute um 7.30 Uhr morgens ist Ajmal Kasab im Yervada-Zentralgefängnis in Pune gehängt worden“, bestätigte der Innenminister des Bundesstaats Maharashtra. Der 24-jährige Pakistaner war im Mai 2010 zum Tode verurteilt worden. Indiens Präsident Pranab Mukherjee hatte ein Gnadengesuch Anfang dieses Monats abgelehnt. Kasab war daraufhin in das Gefängnis in Pune, der zweitgrößten Stadt des Bundesstaats, gebracht worden.

Bei der Terrorserie in Mumbai (früher Bombay) hatten im November 2008 zehn militante Islamisten 166 Menschen ermordet. Neun der Angreifer wurden getötet. (dpa)



Bei einem Bombenanschlag auf einen Stadtbus im Zentrum von Tel Aviv wurden gestern mindestens 20 Menschen verletzt.

Foto: AFP/Daniel Bar-On

„Unsere Geduld hat Grenzen“

Israels Botschafter in Deutschland stellt der Hamas eine einfache Bedingung für den Waffenstillstand. Eine Bodenoffensive im Gazastreifen will er aber nicht ausschließen.

Herr Botschafter, schon am Dienstag hieß es, ein Waffenstillstand sei in greifbarer Nähe. Gestern gab es trotz neuer Gewalt nun doch eine Vereinbarung. Wie haltbar kann die sein?

Das kann ich nicht sagen. Wir sind aber nach wie vor zu einer Vereinbarung bereit.

Gilt das trotz des Bombenanschlags auf einen Bus in Tel Aviv? Wir kennen die Natur von Terroristen. Diese Tat hat nichts an unserer Bereitschaft zu einem Waffenstillstand geändert.

Was sind für Israel die wichtigsten Bedingungen? Das ist ganz einfach. Wenn die Hamas aufhört, uns mit Raketen zu beschließen, dann beenden wir unsere Angriffe. Die Hamas darf nicht länger behaupten, dass sie keinen Einfluss auf die militanten Gruppen in ihrem Herrschaftsgebiet hat und deshalb den Raketenbeschuss nicht stoppen kann. Damit macht sie es sich zu einfach.

Ist eine Bodenoffensive im Gazastreifen noch eine Option für Israel?

Ja, das schließen wir nicht aus. Wir haben bereits mehrere Zehntausend Reservisten einberufen und Truppen an die Grenze zum Gazastreifen verlegt. Unser Ziel ist es,

dass unsere Bürger – wie die Menschen in Deutschland, Frankreich oder anderswo – in Frieden leben



Yakov Hadas-Handelsman (55) ist seit März 2012 Botschafter Israels in Deutschland. Zuvor hatte er sein Land bei der EU und der Nato vertreten.

können und nicht mit der ständigen Angst, von Raketen angegriffen zu werden.

Ist die Warnung vor einem Flächenbrand im Nahen Osten übertrieben?

Ich bin kein Prophet. Jetzt geht es nicht um Voraussagen, was geschehen könnte und was nicht. Noch einmal: Es ist die Pflicht und das Recht unserer Regierung, die eigene Bevölkerung zu schützen. Was würden Sie tun, wenn Sie an unserer Stelle wären? Wir sind nicht länger bereit, die Raketenangriffe hinzunehmen. Unsere Geduld hat Grenzen. Die Zurückhaltung ist zu Ende. Eine Bodenoffensive würde vermutlich auf beiden Seiten Opfer kosten. Das wissen wir. Wenn es aber keine andere Möglichkeit gibt, müssen wir es tun, wenn auch nur ungern.

Was erwartet Israel von der ägyptischen Regierung?

Ägyptens Regierung spielt eine entscheidende Rolle. Präsident Mursi ist in der Lage, die Hamas und andere militante Gruppen zu beeinflussen. Wir hoffen, dass die Ägypter ihnen eines klarmachen: Genug ist genug.

Wie bewerten Sie die Vermittlungsbemühungen Deutschlands?

Deutschland gehört zu den wenigen Staaten in der Welt, die in der Lage sind, mit allen Akteuren in diesem Konflikt zu sprechen. Deshalb begrüßen wir die jüngsten Bemühungen von Außenminister Westerwelle.

Was sagen Sie zum Vorwurf des Palästinenser-Vertreters in Deutschland, die Bundesregierung stelle sich in dem Konflikt einseitig auf die Seite Israels?

Ich glaube, er vertauscht Ursache und Wirkung. Die Vorwürfe sind nicht logisch. Die Bundesregierung unterstützt das Recht Israels, seine Bürger vor dem tagtäglichen Raketenbeschuss zu schützen. Von einseitiger Haltung kann keine Rede sein.

Unter welchen Voraussetzungen wäre Israel bereit, direkt mit der Hamas zu verhandeln?

Die Frage stellt sich im Augenblick nicht. Wir können nicht mit jemandem verhandeln, der unser Land und unser Existenzrecht nicht anerkennt. Nur wenn die Hamas ihre Haltung grundsätzlich ändert, ließe sich darüber reden.

Werden die Hamas und andere radikale Gruppen an Einfluss verlieren, wenn die Menschen im Gazastreifen eine wirtschaftliche Perspektive haben?

Es ist falsch zu behaupten, die Situation sei eine Folge der Besatzung. Wir haben den Gazastreifen im Jahr 2005 verlassen und mehr als 30 Siedlungen geräumt. Damit haben wir gezeigt, dass wir Frieden wollen. Doch die Palästinenser haben den Gazastreifen nicht in ein „Singapur des Nahen Ostens“ verwandelt. Sie produzieren keine Mikrochips, sondern Raketenstücke.

Wann lockert Israel die Blockade des Gazastreifens?

Es gibt keine Blockade. Die Palästinenser bekommen alles, was sie brauchen. Das Gerede über eine Blockade ist ein politisches Symbol, das mit der wirtschaftlichen Realität nichts zu tun hat. Und der Gazastreifen hat übrigens auch einen Grenzübergang nach Ägypten.

■ Das Gespräch führte Frank Grubitzsch.

Die Vermittlerrolle ist für Ägyptens Präsidenten ein Drahtseilakt

Kairo. Der ägyptische Präsident Mohammed Mursi muss bei einer seiner ersten großen Bewährungsproben auf internationaler Bühne einen Spagat hinbekommen: Der Islamist kam mit Unterstützung der antiisraelischen Muslimbruderschaft an die Macht, die mit der im Gazastreifen regierenden Hamas

verbündet ist. Zugleich kann Mursi sie sich aber nicht leisten, die USA, den stärksten Verbündeten Israels, vor den Kopf zu stoßen. Das macht den 61-jährigen Ägypter zum idealen Vermittler im Bemühen um ein Ende der vor einer Woche wieder aufgeflamten Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern im Ga-

zastreifen. Zugleich macht ihn diese Rolle aber auch angreifbar.

Theoretisch wäre das Blutvergießen in Gaza eine ideale Gelegenheit für Mursi, hart gegen Israel vorzugehen. Doch legte Mursi bislang lediglich verbal Schärfe an den Tag: Ägypten werde Gaza nicht im Stich lassen, sagte er und drohte

„dem Aggressor“ Israel den Zorn Ägyptens an. Doch andererseits ist Kairo finanziell von den USA abhängig – das bremst den Zorn deutlich. Zudem sind mächtige Teile von Ägyptens Streitkräften und Sicherheitsapparats strikt gegen die Hamas eingestellt. Mursi muss also lavieren – und vermitteln. (dapd)

Deutschlands Chefberater

■ Im Blickpunkt Roland Berger hat aus einem Ein-Mann-Büro einen der größten Beratungskonzerne gemacht. Heute wird er 75.

Von Ruhestand will Roland Berger nichts wissen. „Ich bin ein neugieriger Mensch und habe meine Arbeit immer als Bereicherung empfunden, nicht als Last“, sagt der Mann, der heute 75 Jahre alt wird.

Berger hat die Bundesregierungen von Helmut Kohl (CDU) und Gerhard Schröder (SPD) beraten, der Lufthansa bei der Sanierung und der Computermesse Cebit bei der Gründung geholfen und mehrere Konzernchefs auf ihre Posten vermittelt. In China und Japan ist er genauso zu Hause wie in Italien und Frankreich. Sein Beratungsunternehmen ist die Nummer fünf weltweit, hat 2 700 Mitarbeiter und

macht gut eine halbe Milliarde Euro Umsatz im Jahr. Aber als Berater macht er eigentlich dasselbe wie 1967, als er als Einzelkämpfer mit einer Sekretärin begann.

„Ich wollte immer Unternehmer sein“, sagt Berger. Sein Vater war Direktor der Anker-Brotfabrik, seine Mutter führte ein Möbelhaus, und auch der Sohn wollte von Anfang an sein eigener Chef sein und Geld verdienen. Schon als Student der Betriebswirtschaft gründete er in München sein erstes Unternehmen: ein Wäscherei mit 15 Angestellten. Eine Kundin erzählte ihm von ihrem Sohn, der als Unternehmensberater arbeitete, bei Gennaro Boston in Mailand. Bei ihm solle sich Berger melden. Er tat es, stieg zum Partner auf – und machte sich 1967 in München selbstständig.

„Unternehmensberatung war damals eine in Deutschland noch weitgehend unbekanntes Disziplin“, sagt Berger. Einer seiner ersten



Glücklicher, ausgelasteter Patriarch: „Ich wollte das Leben führen, das ich führe.“ Foto: dpa

Kunden war Touropa, der Bus- und Bahnreisen veranstaltete – Nachfrage sinkend. Berger sollte ein neues Werbekonzept entwickeln. Aber er riet: Setzt auf Charterflüge und schließt euch mit den Konkurrenten Scharnow, Hummels und Dr. Tigges zusammen, die dasselbe Problem haben. So hob Berger die Tui

aus der Taufe – heute der größte Touristikkonzern Europas.

Der Coup war der Durchbruch. Jetzt klopfen Konzerne an. Berger gründete Büros in Mailand und Sao Paulo, Madrid, Schanghai, wurde Ansprechpartner für die Politik. Ob es um die Organisation der Treuhandanstalt ging, die Bundesbank-Reform oder die Agenda 2010 – sein Rat wurde gesucht. Schröders Angebot, Wirtschaftsminister zu werden, lehnte er aber ab.

2003 legte der Gründer den Vorstandsvorsitz nieder, 2010 zog er sich aus dem Aufsichtsrat zurück – als Ehrenvorsitzender, Berater und Partner mit knapp drei Prozent der Anteile ist er aber weiter an Bord. Berger engagiert sich für seine Stiftung. Für einen Menschenrechtspreis und die Förderung begabter Schüler aus sozial benachteiligten Familien hat der Kunstsammler und Musikliebhaber 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. (dpa)

Zähes Ringen um Feuerpause zahlt sich aus

Die Pendeldiplomatie vieler Politiker in Kairo machte die Waffenruhe möglich. Gewinner und Verlierer gibt es jetzt schon.

VON ANNE-BEATRICE CLASMANNS UND CHRISTOPH SATOR, KAIRO

Kairo. Am Flughafen von Kairo zeigte sich, dass das Wort von der „Pendeldiplomatie“ an manchen Tagen wirklich seinen Sinn hat. Die etwas heruntergekommene VIP-Lounge mit ihren abgewetzten Ledersesseln ist derzeit Durchgangsstation für Spitzendiplomaten aus aller Welt. US-Außenministerin Hillary Clinton flog am Mittwoch zwischen Tel Aviv und Kairo hin und her, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon war auf der gleichen Strecke unterwegs, und Guido Westerwelle musste sogar den halben Abend in der Lounge verbringen.

Alle riefen nach einer Feuerpause, die den seit einer Woche andauernden Krieg zwischen Israel und den radikalen Palästinensergruppen im Gazastreifen beenden soll. Doch wem nutzt dieser Krieg? Und wie groß sind die Chancen auf ein zumindest vorübergehendes Ende der Gewalt denn noch?

Arabische Kommentatoren sehen derzeit vor allem zwei Sieger: Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und Chaled Meschaal, den Vorsitzenden des Politbüros der Hamas-Bewegung. Netanjahu hat die Infrastruktur der Hamas zerbombt und damit Pluspunkte für den bevorstehenden Wahlkampf gesammelt. Und Meschaal hat sich, indem er von Ägypten als Verhandlungspartner ausgewählt wurde, im internen Machtkampf der Hamas einen klaren Vorteil verschafft.

Abbas' Position ist geschwächt

Auf der Verliererseite steht nicht nur nach Ansicht der Kairoer Zeitung „Daily News Egypt“ Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Dessen Vorstoß für eine Anerkennung Palästinas als „Nichtmitgliedsstaat“ bei den Vereinten Nationen – geplant für Ende November – werde durch den Krieg geschwächt. Der Raum für politische Lösungen sei dadurch weiter begrenzt worden.

Ob der ungleiche Schlagabtausch – die Zahl der palästinensischen Opfer ist wegen der militärischen Überlegenheit von Israels Armee mehr als 33 Mal so hoch wie auf der Gegenseite – dem Iran und Ägypten eher nützt oder schadet, steht dagegen noch nicht fest. Der Iran hat sich zwar mit seiner Militärhilfe für die Hamas gebrüstet. Mittelfristig könnte er jedoch als Partner der Islamisten von Golfstaaten wie Katar und Saudi-Arabien ersetzt werden.

Der ägyptische Präsident Mohammed Mursi, der die Leitlinien für seine Politik von der Muslimbruderschaft bezieht, konnte sich zwar als Vermittler profilieren und damit auch das Wohlwollen Washingtons auf sich ziehen. Auf der anderen Seite muss er jedoch aus innenpolitischen Gründen stark darauf achten, nicht zu „israel-freundlich“ zu wirken. (dpa)

Frankreich verliert Spitzenrating auch bei Moody's

Paris. Nachdem die US-Ratingagentur Moody's Frankreich die Topbonität entzogen und die Kreditwürdigkeit des Euro-Landes um eine Note von „Aaa“ auf „Aa1“ gesenkt hatte, droht dem Land sogar eine weitere Herabstufung. Frankreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa. Moody's begründete den Schritt damit, dass sich Frankreichs langfristige Wachstumsaussichten eingetrübt hätten. Das Land habe an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und die finanzielle Ausblick sei unsicher.

Moody's-Konkurrent Standard & Poor's hatte Paris bereits Anfang des Jahres die Bestbewertung entzogen. Der Kreis der Triple-A-Länder unter den 17 Eurostaaten ist damit auf Deutschland, die Niederlande, Finnland und Luxemburg zusammengeschrumpft. (dpa)